

Ständerat

Conseil des Etats

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



15.2005 **Petition BDS-Schweiz. Nein zum Kauf von Drohnen aus Israel**

Bericht der Sicherheitspolitischen Kommission vom 11. August 2015

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates hat an ihrer Sitzung vom 10./11. August 2015 die am 26. Februar 2015 von BDS-CH (Boykott-Desinvestition-Sanktionen) durch Frau Anne Spagnoli eingereichte Petition geprüft.

Die Petition verlangt, den geplanten Kauf von Drohnen aus Israel zu sistieren und die gesamte militärische Zusammenarbeit einzustellen, bis Israel das Völkerrecht einhält.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 7 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Petition keine Folge zu geben.

Eine Minderheit (Recordon, Bieri und Savary) beantragt, die Petition an die Kommission zurückzuweisen mit dem Auftrag, einen Vorstoss im Sinne der Petition auszuarbeiten.

Berichterstattung: Isidor Baumann

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Alex Kuprecht

Inhalt des Berichtes

- 1 Inhalt der Petition
- 2 Erwägungen der Kommission



1 Inhalt der Petition

Die Petition verlangt, den geplanten Kauf von Drohnen aus Israel zu sistieren und die gesamte militärische Zusammenarbeit einzustellen, bis Israel das Völkerrecht einhält.

Zur Begründung der Petition wird namentlich angeführt, dass die militärische Zusammenarbeit mit Israel im Widerspruch zu den besonderen Verpflichtungen stehe, welche die Schweiz als Depositär- und Vertragsstaat der Genfer Konvention habe. So schütze die 4. Genfer Konvention Zivilpersonen, die sich in Feindeshand oder in einem militärisch besetzten Gebieten befinden, gegen Willkür und Gewalt. Der Staat Israel verstosse seit mehr als vier Jahrzehnten mit seiner Besatzungs-, Kolonisierungs- und Apartheidpolitik systematisch gegen dieses und andere internationale Gesetze. Israel Aerospace Industries und Elbit Systems seien israelische Rüstungskonzerne, die "dank" der völkerrechtswidrigen Besatzung und der zahlreichen kriegerischen Übergriffe Israels auf die PalästinenserInnen neue Produkte entwickeln und testen konnten. Somit seien diese beiden Firmen unmittelbare Komplizen an den Verbrechen des Staates Israel. Mit diesen Drohnen würde die Schweiz - gemäss den Petenten - ein Produkt erwerben, das auf der Basis der israelischen Besatzung und somit der Verletzung der 4. Genfer Konvention entwickelt worden sei.

2 Erwägungen der Kommission

Gemäss mündlichen Ausführungen im Ständerat im Rahmen der Behandlung des Rüstungsprogrammes 2015 (15.017) vom 7. September 2015.